

Ringens um Kredite IWF lässt Serbien zunächst abblitzen

BELGRAD Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Serbien im Ringen um eine neue Kreditvereinbarung zurück in die Warteschlange geschickt. Zur Enttäuschung des EU-Beitrittskandidaten wollen IWF-Vertreter beim Besuch des Landes im kommenden Monat nicht über Finanzhilfen sprechen. «Die Gesandten werden die Sorgen des IWF über die jüngsten Änderungen beim serbischen Zentralbank-Gesetz diskutieren», sagte der für Serbien zuständige IWF-Vertreter Bogdan Lissovolik am Freitag. «Es werden keine Programm-Gespräche aufgenommen.» Das neue Zentralbank-Gesetz hatte für harsche Kritik gesorgt. Die serbische Regierung erhält dadurch deutliche Mitspracherechte bei personellen Fragen der Banken-Führung und kann das Handeln der Zentralbank im Sinne ihrer Politik beeinflussen. (sda/reuters)

Überraschung US-Industrie erhält viele Aufträge

WASHINGTON Die US-Industrie hat im Juli deutlich mehr Aufträge an Land gezogen. Die Bestellungen langlebiger Güter stiegen um 4,2 Prozent im Vergleich zum Vormonat, teilte das Handelsministerium am Freitag in Washington mit. Das war das grösste Plus seit Dezember 2011. Von Reuters befragte Ökonomen hatten lediglich mit 2,4 Prozent gerechnet, nachdem die Nachfrage im Juni um 1,6 Prozent zugelegt hatte. Der starke Anstieg ist vor allem dem Flugzeugbauer Boeing zu verdanken. Er erhielt 260 Bestellungen, rund ein Viertel mehr als im Vormonat. Ohne Berücksichtigung des Verkehrssektors wären die Aufträge um 0,4 Prozent gefallen. «Die Zahlen deuten darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum etwas an Fahrt gewinnt», sagte Ökonom Peter Cardillo von Rockwell Global Capital. (sda/reuters)

Katja Gey begrüsst LBV-Richtlinie: «Positives Signal der Banken»

Zuspruch Der Bankenverband will verhindern, dass inländische Banken allfälligen Betroffenen von Abgeltungssteuerabkommen vorab aktiv beim Verschieben von Geld ins Ausland helfen - ein Schritt, den die zuständige Regierungsstelle begrüsst.

VON MARTIN HASLER

Die Abgeltungssteuer zur Regularisierung deutscher Vermögen in der Schweiz ist unter starkem Beschuss: Von verschiedenen Seiten wurde es aufgrund des Widerstands in Deutschland bereits als «politisch tot» bezeichnet. Der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) bereitet sich dennoch heute schon auf ähnliche Abkommen Liechtensteins mit Deutschland, Österreich und anderen Staaten vor: Bei einer ausserordentlichen Generalversammlung vergangene Woche wurde eine entsprechende, bis Mitte September von allen Mitgliedern umzusetzende Richtlinie verabschiedet. Diese schreibt vor, dass die Banken interne Regelungen treffen müssen, welche Mitarbeitern die aktive Unterstützung des Transfers möglicherweise von Abgeltungssteuerabkommen betroffener Vermögen in Drittländer untersagt. Im Fall der Schweiz gehen Experten gemäss «Handelsblatt» davon aus, dass es angesichts der Debatte um das Steuerabkommen bereits zu massiven Abflüssen deutscher Gelder gekommen ist.

Vertrauensbildung als Ziel

Genau solche Entwicklungen stellen ein grosses Hindernis für das Abschliessen von Vereinbarungen dar, ist LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn überzeugt: «Die grösste Befürchtung in verschiedenen Ländern ist derzeit, dass Gelder vor Inkrafttreten eines Abkommens ins Ausland verlagert werden.» Dem trage der LBV mit der kürzlich erlassenen Richtlinie Rechnung, erklärt Tribelhorn gegenüber dem «Volksblatt» weiter: «Das ist eine vertrauensbildende Massnahme und wir zeigen damit klar unseren Kooperationswillen.» Auch Katja Gey, Leiterin der Stabsstelle für Internationale Finanzplatzagenden (SIFA) der Regierung, erwartet eine vertrauens-



LBV und SIFA hoffen auf eine positive Wirkung der Richtlinie im Hinblick auf zukünftige Steuerabkommen. (Symbolfoto: SSI)

stärkenden Wirkung dieser freiwilligen Massnahme: «Ich gehe davon aus, dass dies bei unseren Verhandlungspartnern positiv wahrgenommen wird und uns in unserem Bestreben bestärken wird, bald gleichwertige Abkommen mit Deutschland und Österreich abzuschliessen.» Die Kooperationsbereitschaft der Finanzbranche werde dadurch klar dokumentiert.

Gemäss der neuen Richtlinie sollen Mitarbeiter der LBV-Banken «jegliche Aktivitäten unterlassen, die als Unterstützung zur Umgehung der zukünftigen bilateralen Abkommen gesehen werden könnten», wie es in einem FAQ heisst. Simon Tribelhorn räumt ein, dass Kunden nicht daran gehindert werden können, ihre Ver-

mögen zu verschieben. Er hofft gleichzeitig, dass Betroffene die Vorteile eines Abkommens erkennen: «Mit einer allfälligen Abgeltungssteuer kann das Vermögen regulärisiert werden.» Ob die Regularisierung unversteuerten Gelder tatsächlich über diesen Weg geschehen wird, sei angesichts des zunehmenden Widerstands noch nicht abzuschätzen. Er ist aber sicher, dass die Lösung von in Liechtenstein vorhandenen Altlasten für eine «nachhaltige Zukunftsstrategie» unabdingbar ist.

«Wir zeigen damit klar unseren Kooperationswillen.»

SIMON TRIBELHORN
LBV-GESCHÄFTSFÜHRER

LBV überwacht Umsetzung

Ab dem 1. September haben die LBV-Mitglieder zwei Wochen Zeit, um die Richtlinie intern umzusetzen. «Bei Abweichungen wird die

externe Revisionsstelle der jeweiligen Bank informiert», erklärt Simon Tribelhorn zu den Sanktionsmechanismen. Für die Einhaltung der Regeln durch die einzelnen Bankmitarbeiter seien die Banken selbst verantwortlich: «Im Falle eines Verstosses sind auch arbeitsrechtliche Sanktionen vorzusehen.»

Wann entsprechende Abkommen tatsächlich abgeschlossen werden können, lässt sich gemäss Katja Gey noch nicht sagen. Die Verhandlungen mit Österreich sollen fortgeführt und «baldmöglichst abgeschlossen werden», führt sie aus. Mit Deutschland sei indes vereinbart worden, ein «der Schweiz gleichwertiges Abkommen abzuschliessen»: «Bevor die konkreten Schritte dazu abgeschlossen werden können, ist das innerstaatliche Genehmigungsverfahren in Deutschland und in der Schweiz abzuwarten.»

Merkel pocht auf Verbleib Griechenlands in der Eurozone

Aufforderung Angela Merkel hat sich klar gegen einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone ausgesprochen. Sie forderte aber auch, dass Athen den Worten Taten folgen lässt.

«Ich möchte, dass Griechenland Teil der Eurozone bleibt», sagte Merkel am Freitag in Berlin nach einem Treffen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras. Der neue Athener Regierungschef sagte nach dem gut einstündigen Gespräch zu, sein Land werde die Verpflichtungen erfüllen: «Wir werden Ergebnisse erzielen.» Der griechische Regierungschef war nach Berlin gereist, um bei seinem ersten Auslandsbesuch um mehr Zeit zu bitten, die Sparvorgaben für sein krisengeschütteltes Land umzusetzen. Anschliessend wollte Samaras nach Paris reisen, wo er an diesem Samstag bei Frankreichs Präsident François Hollande um Entgegenkommen werben will. Kommenden Mittwoch erwartet Merkel Italiens Ministerpräsident Mario Monti in Berlin. Merkel und

Hollande hatten am Donnerstag ihre Marschroute abgestimmt und Athen gemeinsam aufgefordert, am Reformkurs festzuhalten. Samaras hofft, dass sein Land das EU-Defizitziel von drei Prozent der Wirtschaftsleistung erst 2016 erfüllen muss - und damit zwei Jahre später als von den Geldgebern der «Troika» aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) sowie EU-Kommission vorgegeben. Deutschland und Frankreich wollen erst den «Troika»-Bericht abwarten, bevor Entscheidungen über das weitere Vorgehen fallen. Der Bericht wird bis Ende September erwartet.

«Mehr Zeit zum Atmen»

Merkel sprach von sehr konkreten Schritten Athens und zeigte sich zutiefst davon überzeugt, «dass die neue Regierung unter der Führung von Ministerpräsident Samaras alles daran setzt, die Probleme auch zu lösen.» Dafür würden grosse Opfer

verlangt, fünf Jahre Rezession seien eine schwierige Wegstrecke. Griechenland müsse aber die Zusagen umsetzen und Worten Taten folgen lassen. Und Athen könne zu Recht erwarten, dass Deutschland keine vorschnellen Urteile fälle und belastbare Grundlagen wie den «Troika»-Bericht abwarte. Samaras zeigte sich überzeugt, dass der Bericht der «Troika» signalisieren werde, dass die neue Koalitionsregierung in Griechenland sehr bald zu Ergebnissen gelange. Nach den Worten des konservativen Regierungschefs verlangt Griechenland nicht mehr Geld, sondern «Zeit zum Atmen». Wichtig sei mehr Wirtschaftswachstum. «Wir sind ein sehr stolzes Volk. Wir mögen es nicht, von geliehenem Geld abhängig zu sein.» Griechenland benötige lediglich eines: Chancen für Wachstum. Beide Politiker versuchten in demonstrativer Einigkeit, die aufgeheizte Stimmung in beiden Ländern zu beruhigen. Samaras kritisierte, dass ranghohe Politiker Griechenland die Rückkehr zur Drachme nahelegten und so Investitionen und Privatisierungen behinderten. (sda/dpa)



Absicherung gegen Zinssteigerungen

Berner Kantonalbank belastet

BERN Die Berner Kantonalbank (BEKB) hat im ersten Halbjahr leicht weniger verdient. Der Reingewinn reduzierte sich um 1,4 Prozent auf 58,4 Mio. Franken. Der Bruttogewinn ging um 18,9 Prozent auf 101,6 Mio. Fr. zurück, wie das Institut am Freitag bekannt gab. Mit ein Grund für das tiefere Ergebnis waren nach Angaben BEKB höhere Kosten wegen der Umsetzung neuer regulatorischer Anforderungen, etwa im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer. Die Erträge waren in fast allen Geschäftsbereichen rückläufig. Mit 11 Prozent ein deutliches Minus verzeichnete das Zinsengeschäft, wo die BEKB noch 164,8 Mio. Fr. einnahm. Wesentlich zum Rückgang beigetragen haben Geschäfte, mit denen sich die Bank gegen einen Anstieg des Zinsniveaus absicherte. Sie schmälerten den Ertrag um 25 Mio. Franken.

Viele Festzinshypotheken

Die BEKB weist mit fast 90 Prozent einen hohen Anteil von Festzinshypotheken auf, wie BEKB-Finanzchef Alois Schärli im Gespräch mit

der Nachrichtenagentur sda sagte. Damit sei die Bank einem Risiko ausgesetzt, weil ihr bei einem Anstieg der Zinsen höhere Erträge entgehen. Dagegen will sich die BEKB durch sogenannte Swaps absichern. Dabei handelt es sich um eine Art Versicherung, welche die Bank mit anderen Instituten abschliesst und für die sie bei den gegenwärtigen Zinsen Geld bezahlt. Steigt das Zinsniveau allerdings an, muss sie weniger bezahlen oder verdient gar an dem Geschäft. Sollte dieser Fall eintreten, könnte sie

«Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es bald zu einer Eruption kommt.»

ALOIS SCHARLI
BEKB-CHEF

damit den entgangenen Profit bei den festverzinsten Hypotheken kompensieren. Die Gefahr eines steigenden Zinsniveaus ist laut Schärli nicht zu unterschätzen. «Wir sehen massgebliche Risikofaktoren», sagte er. Insbesondere in der unsicheren Situation im europäischen Umfeld sieht er eine Gefahr. «Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es bald zu einer Eruption kommt», sagt Schärli. Dann würden die Risikoprämien im Interbankenmarkt und damit die Zinsen nach oben klettern. (sda)